„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
If paid in advance:
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

23. Jahrgang. | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 24. September 1930. | 12 Seiten | Nummer 46.

R. B. Bennetts Schutzzoll-Vorlage angenommen

Mackenzie King befürchtet Verteuerung der Lebenshaltung

Farmer-Abgeordneter Garland erklärt, die Reichen sollten noch reicher und die Armer noch ärmer gemacht werden

Annahme der Zollvorlage und dann Vertagung des Parlaments. — Bennett und Vertreter des Westens reisen nach London.

Ottawa. — Das größte Ereignis im canadischen Parlament zu Ottawa war letzte Woche die von Premier Bennett eingebrachte neue Zolltarifvorlage, die im ganzen Lande großes Aufsehen erregt hat und in vielen Kreisen bereits auf scharfe Mißbilligung stößt, weil befürchtet wird, daß die neuen Zollsätze zu einer beträchtlichen Verteuerung der davon berührten Waren führen werden.

Die neuen Zollsätze, die durchwegs eine Zollerhöhung bedeuten, sind sofort nach ihrer Einbringung im Parlament auch in Kraft getreten. Insgesamt handelt es sich um fast 130 Aenderungen, die hauptsächlich die wichtigsten Gewerbe des Landes in Mitleidenschaft ziehen. Bennett selbst äußerte die Meinung, seine ursprüngliche Schätzung, nach der durch die Zollerhöhungen etwa 25,000 Personen mehr beschäftigt werden könnten, sei zu niedrig gegriffen; denn nach bestimmten Zusicherungen canadischer Fabrikanten würden durch die Zollerhöhung noch viele Frauen in den Fabriken Beschäftigung finden. Ferner betonte Bennett, falls

infolge der höheren Zölle eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten

sollte, habe der Gouverneur die Vollmacht, die Zölle zu ermäßigen oder aufzuheben. In einigen Fällen hätten ihm Fabrikanten bereits versprochen, keine Preiserhöhung vorzunehmen.

Der Premier bemerkte u. a. in seiner Rede, es handle sich bei Erhöhung der Zollsätze nicht um die Einführung eines Schutzzollsystems, sondern um die Arbeitsbeschaffung für weitere Tausende von Canadiern. Bennett behauptete im Zusammenhang damit, Canada stehe hinsichtlich seiner Menschen, seiner Maschinen und seines Materials hinter keinem Lande der Erde zurück. Notwendig sei nun, diese Mittel so zu verwerten, daß nicht nur der inländische Bedarf gedeckt, sondern auch für das Ausfuhrgeschäft produziert werden könne. Infolge des unfairen Wettbewerbs, dem die canadische Industrie unterworfen worden sei, seien die vorhandenen Möglichkeiten nur teilweise ausgenützt worden. Daher ist es die Absicht der Regierung, dahin zu wirken, daß die 10 Millionen Menschen, die auf der nördlichen Hälfte des nordamerikanischen Kontinents leben, von den canadischen Produzenten selbst versorgt werden sollen. Doch die Wareneinfuhr nach Canada ist nach Bennetts Meinung so ungeheuer groß, daß Maßnahmen dagegen ergriffen werden müssen. Er glaubt, daß die von der konservativen Regierung eingebrachten Zollerhöhungen zur Ankurbelung der Industrie dienen werden, ohne daß die Verbraucher besonders belastet werden. Der Premier versprach, auch der Vermarktung des canadischen Weizens sein besonderes Augenmerk zuwenden zu wollen.

Von dem neuen Zollgesetz werden **die verschiedensten Arten von Waren** betroffen, so marinierte Fische, Zeitungspapier und Drucksachen, Pappdeckel, Klebstoffe, Töpferwaren, Metalle wie Eisen und Stahl, Melkmaschinen, Staubmaschinen, Erntegeräte, Farmmotore, Kinderwagen, Heizapparate, elektrische Motore, ärztliche Apparate, Baumwollgarn, Spitzen, Netze, Webfabrikate, Kleider, Decken, künstliche Seide, Schuhe und Stiefel, Juwelen, Kupferdrähte, Farmtraktoren usw.

In der Debatte griff Mackenzie King, der Führer der Opposition, die Bennett'sche Tarifvorlage sehr scharf an. Er warf dem Premier vor, daß er unter dem Deckmantel einer Notsession des Parla-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Pool setzt Zahlungen für Grobgetreide herunter

Winnipeg, 22. Sept. — Die Anfangszahlungen für Hafer, Flachs und Roggen, die noch abgeliefert werden, wurden nach einer Ankündigung des Canadischen Weizenpools um 5 Cents für den Buschel Hafer und um 25 Cents für den Buschel Flachs heruntergesetzt. Die Anfangszahlung für Gerste (25 Cents per Buschel) bleibt unverändert. Für Nr. 2 C.W. Hafer werden in Zukunft 25 Cents per Buschel statt bisher 30 Cents bezahlt, für No. 1 N.W. Flachs $1 statt $1.25 und für Roggen 25 Cents statt 35 Cents. Nähere Gründe für die Herabsetzung der Anfangszahlungen wurden nicht angegeben.

Fehlschlag der Sowjet-Kollektive

Russische Kollektivfarmen nur zu 35 Prozent bestellt

Unzufriedenheit führender Sowjetblätter mit dem Ergebnis der Getreideernte

Moskau. — Ein Leitartikel der „Prawda", des amtlichen Organs der Regierung, wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten, die die Sowjetregierung mit der Getreideernte hat. Es heißt in dem Artikel, daß die Ernte größer ist als jemals zuvor in der Zeit nach der Revolution, daß unter den Beamten jedoch Schiebungen vorkommen und die Bauern mit dem Ertrage der Ernte zurückhalten.

Während die Regierung sich weigert, genaue Zahlen bekanntzugeben, läßt die Zeitung durchblicken, daß das Kollektiv-Programm der Regierung mit Bezug auf die Getreideeinsammlung weit zurück ist. Das Blatt schiebt die Schuld auf die Untüchtigkeit der staatlichen Aufkäufer auf gegenrevolutionäre Propaganda der Kulaks und die Neigung einiger Beamten, den Preis der Produkte, die den Bauern für ihr Getreide gegeben werden, hinaufzuschrauben.

Die Zeitung sagt, daß nicht nur die Einzelfarmer mit der Ernte zurückhalten, sondern daß sogar die staatlichen und Genossenschaftsfarmen im Rückstand bleiben. Das Blatt fordert eine Zusammenfassung aller Kräfte, um die Fehler gutzumachen und eine Durchführung des Sowjet-Kollektivplanes zu sichern.

Die „Iswestia" berichtet, daß die Aussaat weit zurück ist und erwähnt 43,000,000 Hektar als das Minimum, das in dieser Saison zu bestellen ist. Sie stellt gleichzeitig fest, daß bis zum 10. September nur 14,000,000 Hektar bebaut worden waren und daß die Kollektivfarmen noch weiter zurück sind als die Einzelfarmer. Die letzteren haben in einzelnen Gegenden bis zu 68.7 Prozent des vorgesehenen Landes bestellt, während die Kollektivfarmen es nur auf 35 Prozent brachten.

Die „Iswestia" gibt Mängeln in der Staatsorganisation und ungenügender Zusammenarbeit d. Schuld und deutet an, daß einige Parteibeamte bestraft werden dürften, wenn die Pläne der Regierung weiter gefährdet werden sollten.

„Gegenrevolutionäre" hingerichtet

Moskau. — Die Geheimpolizei teilte mit, daß drei Beamte der Feuerwehr wegen gegenrevolutionärer Umtriebe durch Erschießen hingerichtet und fünf andere zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurden.

Sie wurden überführt, die Regierung dadurch in eine schwierige Lage gebracht zu haben, daß sie vorgaben, Feuer zu löschen, während sie in Wirklichkeit den Brand anfachten, besonders wenn es sich um Regierungsgebäude handelte.

Hindenburg bei den Reichswehrmanövern

Berlin. — Reichspräsident von Hindenburg, der zur Ausübung seines Stimmrechts von der Jagd in den bayerischen Alpen nach Berlin zurückkehrte, ist nunmehr nach Unterfranken abgereist, um als Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Reiches den Manövern der Reichswehr beizuwohnen.

Die großen Herbstmanöver an der bayerisch-thüringischen Grenze haben ihren Anfang genommen. Die eine Armee dringt vor, um das durch den Thüringer Wald herankommende „feindliche Heer", das der nur schwach von den Ihrigen besetzten Stadt Bamberg zu Hilfe eilen will, aufzuhalten.

Die für das Manöver zusammengezogenen Truppen sind nur schwach weil man die hohen Kosten solcher Manöver vermeiden will, aber es nehmen die Stäbe aller zehn Reichswehrdivisionen an diesem „theoretischen Manöver" teil.

Ford auf Fahrt nach Oberammergau

Baden-Baden. — Henry Ford, der amerikanische Automobilmagnat, ist im Kraftwagen hier angelangt. Er befindet sich auf der Fahrt nach Oberammergau. Eine Nacht verbrachte er in Nancy (Frankreich), wo er in dem Bett schlief, welches kürzlich der Sultan von Marokko inne gehabt. Mit seiner Reisegesellschaft hatte er am Tage zuvor die Schlachtfelder um Verdun besucht.

Polen in Angst vor „deutscher Gefahr"

Das Echo der Reichstagswahlen in der polnischen und italienischen Presse

Das Problem der deutschen Regierungskoalition und der Versuch von Blockbildungen im Reichstag

Warschau. — Die Presse Polens, die zur Zeit stark mit inneren politischen Angelegenheiten beschäftigt ist, begnügt sich mit kurzem Kommentar über die deutschen Wahlen.

„Przedswit", das Organ der Regierung, sagt, daß die Gewinne der Nationalsozialisten für Polen von Vorteil seien, da der „wild-nationalistische Charakter dieser Partei" Europas Augen für die deutsche Gefahr für den Frieden öffnen werde, während das gleiche Programm der Hugenberg-Partei, in etwas gemäßigterer Form, Europa hätte täuschen können.

Die Zeitung „Kurjer Poranny" erklärt, daß die Gewinne der Kommunisten und Nationalsozialisten eine Gefahr für den Frieden und besonders für Deutschlands Nachbarn bildeten. Polen sollte daher den Parteihader vergessen und sich zum Widerstand gegen deutsche Angriffe einigen.

Italienische Pressestimmen.

Rom. — Die Presse Roms verbreitet sich ausführlich über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen und befaßt sich besonders mit den Gewinnen der Nationalsozialisten. Die Blätter sehen in dem Ergebnis eine schwere Niederlage der Sozialdemokraten.

Die Zeitung „Il Tevere" empfindet Genugtuung über die französische Besorgnis über das Wahlresultat und sagt: „Die blasse Sonne von Locarno ist bereits hinter dem Horizont versunken und in dem Zwielicht der Leichenstimmung erscheint Frankreich nach wie vor als ein riesiges, absurd bewaffnetes Lager, über dem die Flagge Tartarins von Tarascon — das Banner einer unmöglichen Hegemonie — weht, für das es endlich an der Zeit wäre, es herunter zu holen."

Hugenberg und Hitler.

Berlin. — Nach der Aufregung, die der Wahlschlacht gefolgt, haben sich die großen Massen des Volkes wieder einigermaßen beruhigt und überlassen es den Politikern, darüber zu entscheiden, welcher Art die kommende Regierung des Reiches sein soll.

In der Presse werden allerdings die verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten andauernd mit Eifer besprochen. Unter anderem ist die Anre-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

„Graf Zeppelin" über der Völkerbundstadt

Genf. — Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin" erschien, geführt von Dr. Hugo Eckener, unerwartet auf dem hiesigen Flugplatz. Er brachte den Sohn des Reichsaußenministers Dr. Julius Curtius mit. Dr. Curtius hieß die Ankömmlinge in einer kurzen Rede willkommen.

Nach zweistündigem Aufenthalt schwang sich der „Graf Zeppelin" wieder zum Rückflug in die Lüfte und war bald den Blicken der Zu-

Bericht der Einwanderungskommission

Einführung einer Bundesbehörde für Einwanderung und Ansiedlung befürwortet

Heimstättenland soll nicht mehr frei vergeben, sondern verkauft werden

Regina. — Die Königliche Kommission für Einwanderung und Siedlung, die monatelang eine gründliche Untersuchung des Gesamtgebietes der darauf sich beziehenden Fragen unternommen hat, hat das Ergebnis ihrer sorgfältigen und schwierigen Arbeit in einem langen und ausführlichen Bericht zusammengefaßt, welcher der Saskatchewan-Regierung zugegangen und von ihr der Oeffentlichkeit übergeben worden ist.

Es darf vorweg mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Bericht nicht den Spuren der verblendeten Rassenfanatiker folgt, die in den letzten Jahren in der Provinz Saskatchewan sich immer und immer wieder in sehr lauter und unangenehmer Weise bemerkbar gemacht haben. An einigen Stellen wird sogar die Leistung der Fremdgeborenen bei der Erschließung und dem Aufbau des Westens in ruhig-sachlicher Form anerkannt. Doch mit besonderem Nachdruck wird verschiedenemale

die Bevorzugung britischer Einwanderer befürwortet.

Die Kommission weist auf verschiedene Fehler der bisherigen Einwanderungspolitik hin und entwickelt einen Plan, nach dem nur eine gewisse Zahl von Einwanderern zugelassen werden soll, sodaß die ländliche Bevölkerung sich vergrößern und gedeihlich entwickeln kann. Besonders bemerkenswert ist im Zusammenhang damit der Vorschlag, eine Bundesbehörde zur Leitung der Einwanderungs- und Siedlungsangelegenheiten einzusetzen. In dieser Behörde soll jede canadische Provinz vertreten sein, und jeder Provinzialvertreter soll ermächtigt werden, die Zahl und Art der von seiner Provinz gewünschten Einwanderer anzugeben.

Die Ueberwachung des gesamten provinzialen Einwanderungswesens soll dem Minister für Einwanderung und Naturwerte übertragen werden, der in Verbindung mit einem Provinzialrat, bestehend aus den Deputaministern für Naturwerte, Landwirtschaft und Arbeit, die einschlägigen Fragen behandelt und entscheidet. Dieser Provinzialrat soll dann dem Provinzialvertreter in der Bundesbehörde entsprechende Anweisungen geben. Ferner wird die Einrichtung eines Saskatchewan-Büros in London angeregt, um von dort aus britische Auswanderer in unsere Provinz zu ziehen.

In dem Bericht heißt es u. a.: „Ein gewisser Zustrom von Siedlern muß gestattet werden, wenn wir einen biologischen und wirtschaftlich gesunden Zustand der ländlichen Bevölkerung erhalten wollen." — Der Bericht ist

absolut nicht gegen die Einwanderung

eingestellt, sondern befürwortet sogar einen weiteren starken Zustrom, nur mit der Einschränkung, daß die Auswahl gründlicher getroffen und von Zeit zu Zeit eine entsprechende Regulierung vorgenommen werde. Bemerkenswert ist ferner die Feststellung, daß „die Reserven an unbenütztem Land, das für Besiedlung in Saskatchewan geeignet ist, weit geringer ist, als oft angenommen wird." In erster Linie soll das freie Land den Bewohnern von Saskatchewan, dann repatriierten Canadiern, dann britischen Einwanderern und schließlich anderen zur Verfügung gestellt werden. Die Vergebung von Heimstätten soll eingestellt und das Heimstättenland an Einzelpersonen verkauft werden und zwar in der eben angegebenen Reihenfolge.

Erste Flugpost mit „Europa"

New York. — Zum ersten Mal hat das auf der „Europa" montierte Flugzeug „Bremen" Post mitgebracht. Das Flugzeug wurde östlich vom Ambrose-Kanal katapultiert oder abgeschossen und landete die mitgebrachte Post am Lloydpier am Fuße der 58 Str. in Brooklyn, welche, lange ehe der Dampfer dockte im Besitz der Empfänger war oder schon auf die Bahn zur Weiterbeförderung gebracht war.

England will Weizen von Ver. Staaten kaufen

Vertreter britischen Großeinkaufsverbandes verhandeln mit amerikanischen Farmerorganisationen

Chicago. — Vertreter der größten Organisation ihrer Art in England, nämlich der „British Co-operative Wholesale Society", hatten eine Konferenz mit Mitgliedern des Handelsamtes in Chicago, um dadurch geeignete Beziehungen zum Zwecke des direkten Einkaufs mit den amerikanischen Farmer-Organisationen herzustellen.

Aus den kürzlich in Washington mit Präsident Hoover und Vertretern des Handelsamtes gehabten Unterredungen wußte man bereits, daß die englische Organisation ernstlich mit der Absicht umgeht, in den Ver. Staaten Weizen in großen Mengen anzukaufen. Es wurde gelegentlich der in Washington stattgefundenen Konferenzen von den Engländern hervorgehoben, daß die der Organisation gehörigen Mühlen größere Mengen Weizen mahlen, als die irgendeiner anderen Organisation in Großbritannien.

Die hier eingetroffenen Vertreter der Organisation waren Robert Fleming und Joseph Bradshaw, Direktoren; A. H. Hobley, Weizeneinkäufer und F. J. Murphy, der New Yorker Agent. Die Herren haben die Absicht, während ihres hiesigen Aufenthaltes auch noch mit Vertretern von Farmerorganisationen des Mittelwestens zu verhandeln.

Es ist noch unbestimmt, ob die Engländer ihre Reise bis Minneapolis, St. Paul und Kansas City ausdehnen werden, um in diesen Städten mit Vertretern anderer kooperativen Farmer-Organisationen zusammen zu kommen.

Danzigs Wahlen am 16. November

Danzig. — Der Senat der Freistadt Danzig hat die Wahlen für den neuen Volkstag (das Unterhaus des Danziger Parlaments) auf Sonntag, den 16. November, angesetzt. Politische Beobachter ergehen sich nun in allerlei Spekulationen darüber, ob im hiesigen Staatengebilde, das bekanntlich vor dem Versailler Vertrag ein Teil Deutschlands war, sich die Vorgänge der letzten deutschen Reichstagswahlen wiederholen und ein Ruck nach der äußersten Rechten, den Nationalsozialisten Hitlers, einsetzen werde.

Deutsche Außenpolitik unverändert

Washington. — Präsident Hoover empfing im Weißen Hause Dr. Walter Simons, den früheren deutschen Außenminister und früheren Präsidenten des deutschen Reichsgerichts, und besprach mit diesem die politische Lage in Deutschland.

Dr. Simons gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß keine Aenderung der deutschen Außenpolitik durch das Ergebnis der jetzigen Reichstagswahlen erfolgen wird. Dr. Simons betonte auch, daß das parlamentarische System erhalten werde, da die Rechtsgruppen durch konstitutionelle Mittel versuchen würden, ihre Ziele zu erreichen und nicht durch eine Diktatur. Der Gang der politischen Dinge hänge aber davon ab, ob Sozialdemokraten und Rechtsgruppen in der neuen Regierung zusammengehen wollen.

Tagung der Pelzfarmer

Die Pelzfarmer Saskatchewans werden am 15. und 16. Oktober in Swift Current, Sask., zwecks Bildung eines Provinzialverbandes eine Zusammenkunft abhalten. Die Wildschutzabteilung des Sask. Departements für Eisenbahnen, Arbeit und Industrien von Saskatchewan interessiert sich stark für die Bewegung; man erwartet, daß dieses Interesse in der Anwesenheit des Ministers J. A. Merkley seinen Ausdruck finden wird.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in England

Im September 2,139,500 Erwerbslose — und keine Aussicht auf Besserung

Frankreich muß noch Arbeitskräfte einführen, um seine Industrien im Gang zu halten

London. — Ueber 2,100,000 Männer und Frauen sind jetzt in Großbritannien ohne Arbeit, und selbst der größte Optimist kann auch nur den geringsten Hoffnungsschimmer in der dunklen Wolke sehen, die über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik dieses Landes hängt.

In den verflossenen neun Monaten ist tatsächlich die Lage immer schlechter geworden und zeigt ab Januar für die einzelnen Monate die folgenden Zahlen: Januar, 1,478,800 Arbeitslose; Februar, 1,520,000; März, 1,547,200; April, 1,676,400; Mai, 1,712,000; Juni, 1,775,100; Juli, 2,011,400; August 2,017,900; September, 2,139,500.

Der Prozentsatz der Arbeitslosen für die Gesamtindustrie für August war nach den letzten ausgearbeiteten Daten 17.5 Prozent. Die während des laufenden Jahres hauptsächlich betroffenen Industrien waren Eisen- und Stahlfabrikation, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Textilfabriken, Bau-, Dock- und Hafenarbeiten. Kohlengruben befinden sich noch zum größten Teil in derselben Lage wie vor vielen Monaten. Die Industrie, die eine Besserung zeigte, war die Juteverarbeitung und die Bonbonfabriken.

Mehr Arbeit als Arbeitslose in Frankreich.

Paris. — In Frankreich, das auf Kosten der deutschen Reparationen lebt, gibt es gegenwärtig mehr Arbeit als Arbeiter. Amtliche Statistiken zeigen, daß gegen 15,000 Posten unbesetzt sind.

Arbeitslosigkeit existiert zwar, wenn man Streikende und freiwillig Nichtarbeitende rechnet, und dann beträgt die Zahl der Nichtarbeitenden etwa 20,000. In den Listen der hiesigen Unterstützungsämter sind aber nur 856 Arbeiter eingetragen und das sind die, die wirklich als Arbeitslose gelten können.

Es herrscht somit wirklich Mangel an Arbeitskräften, und Frankreich ist und bleibt vielleicht auch noch Importeur von Arbeitern. Es gibt beträchtlich mehr als eine Million fremde Arbeiter in Frankreich, meistens Italiener und Polen, und doch erwies es sich als notwendig, im Jahre 1929 noch 180,000 Arbeiter nach Frankreich zu holen, um der Nachfrage nach Arbeitern von Seiten der Industrie und Landwirtschaft gerecht zu werden.

Der Erzeugungsindex für den Monat Mai war der höchste seit dem Kriege und 14 Prozent höher als der von 1913, der als Norm für einen zufriedenstellenden Stand des Arbeitsmarktes dient.

Nationalsozialisten gegen Hindenburg

Berlin. — Die Stadt Koburg, deren Verwaltung von Nationalsozialisten kontrolliert wird, hat entschieden, daß Reichspräsident von Hindenburg in der Stadt nicht willkommen ist.

Ein Mitglied des Stadtrates hatte beantragt, Hindenburg, der Ehrenbürger der Stadt ist, einzuladen, nach Beendigung der Reichswehrmanöver in Bayern Koburg zu besuchen. Die Hitlerleute opponierten, und der Antrag wurde, da er keine Aussicht auf Annahme hatte, zurückgezogen.